



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, G.: Heeresvermehrung oder Heeresverstärkung?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Heeresvermehrung oder Heeresverstärkung?



In den letzten Wochen ist wieder mehr als es gut ist von der deutschen Armee die Rede gewesen. Unsere Neider und Feinde außerhalb haben versucht die Prinzipien, die die deutsche Armee beherrschen, für den Zusammenbruch des türkischen Heeres verantwortlich zu machen und haben damit natürlich auch jene deutschen Offiziere treffen wollen, die im Osmanenreich als Instruktoren tätig sind und waren. Die Tagespresse hat die Nichtswürdigkeiten mit gebührender Schärfe zurückgewiesen. Was hat, in der That, unser ehrliches Mühen mit dem politischen Geiste zu tun, der das ehemals so ruhmreiche Heer der Osmanen vernichtete?! Wenn man uns durchaus tadeln will, so könnte man es doch nur dafür, daß wir dem Nimbus des Islam noch soviel vertrauten, um an eine Erneuerung der Türkei ernsthaft glauben zu können.

Nun gibt es eine nicht geringe Zahl von guten Patrioten, die sich von der Agitation unserer Gegner gegen die deutsche Armee eine Wirkung versprechen, die den europäischen Frieden bedroht; die Furcht vor Deutschland sei hin, und um so größer sei die Neigung es herauszufordern. Wir wollen darüber nicht rechten, ob die Beobachtung zutrifft oder nicht, es erscheint uns vielmehr natürlich, wenn die unverbesserlichen revanchards kein Mittel unversucht lassen, um die bei den Franzosen hier und da einziehende Friedensliebe gegen Deutschland zurückzudrängen und den kriegerischen Sinn jenseits der Vogesen von neuem anzufachen und sei es selbst auf Kosten der Wahrheit. Die Besorgnis unserer Vaterlandsfreunde läßt sich nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Die Gefahr, daß die leicht entzündlichen Franzosen glauben könnten, die deutsche Armee sei nicht mehr auf der Höhe, ist vorhanden, und somit ist auch die Notwendigkeit gegeben, ihr zu begegnen.

Unsere Aufwendungen für Heer und Flotte stellen eine Versicherungsprämie auf den Frieden dar. Diese Prämie ist naturgemäß um so höher, je höher der Wert der zu versichernden Güter steigt und je größer die Gefahren sind, denen jene ausgesetzt werden. Die deutschen Patrioten, die eine Erhöhung der Versicherungsprämie fordern, sind somit im Recht, sie passen sich lediglich einer neuen Situation an, für deren Zustandekommen niemand die Armee wird verantwortlich machen dürfen. Die Frage ist nur, wie die Prämiensumme im einzelnen angelegt werden soll.

Die Ansichten hierüber gehen gerade bei den berufenen Spezialisten weit auseinander. Rein militärische, politische, wirtschaftliche, historische und persönliche Momente beeinflussen die verschiedenen Ansichten ebenso wie auch lediglich tief eingefressene Vorurteile. Daneben vermischen wir sowohl an den verantwortlichen Stellen wie in der unverantwortlichen Publizistik eine gewisse Unbefangenheit des Urteils, ohne die es in Fragen des Gemeinwohls — und Heeresfragen sind Fragen des Gemeinwohls — nun einmal nicht geht. Jeder fürchtet die Tradition anzutasten und doch versteht jeder unter der Tradition etwas anderes. Jeder, der etwas über militärische Dinge zu sagen weiß, hält mit seiner Auffassung gern zurück, wenn sie nicht peinlich genau parallel mit der von der Armeeführung befohlenen läuft, um nicht in den Verdacht zu geraten, daß er an die Rechte der obersten Kommandogewalt rühre und damit zugleich der antimonarchischen Presse Stoff zur Agitation gebe. So kommt es, daß es eine allgemeine sachliche Erörterung von prinzipiellen Armeefragen eigentlich nicht gibt und daß die öffentlichen Kundgebungen dauernd zusammenlaufen in einer einzigen Forderung: Vermehrung! Für Vermehrung des Heeres kann und darf jeder öffentlich eintreten, gleichgültig, ob es sich um neue Bataillone, neue Batterien, Bepflanzungen, Flieger oder Telegraphendrähte handelt. Die Sache ändert sich schon, wenn es sich um Spezialfragen handelt: schwere oder leichte Geschütze? Einzelfeuer oder Salven? Zeppelin oder Parseval? Dann wird der berufene Kritiker, der mit den Ansichten des Kriegsministers nicht übereinstimmt, bald an die Schranken gelangen, die die oberste Kommandogewalt ihm gezogen hat. Fast unmöglich aber ist es dem Offizier gemacht, sich über die inneren Einrichtungen und Verhältnisse der Armee auszusprechen. Welches Thema er auch in Angriff nehmen wollte: Beförderung, Verpflegung, Train, Ausbildung, Alter der Offiziere oder Ehrengerichte, — immer wird ihm wie Papageno in der „Zauberflöte“ ein energisches „Zurück!“ entgegenschallen und: „Sie tasten an die Kommandogewalt!“ oder „Sie gefährden die Sicherheit des Staates!“ hinterdreingrollen.*)

* * *

Gegenwärtig geht wieder der Ruf nach einer Vermehrung des Heeres durch die Lande. Er schallt um so lauter, als die verantwortlichen Stellen nicht geneigt scheinen, die Unterlassungen wieder gut zu machen, die bei der Aufstellung des letzten Armeevermehrungsplanes begangen wurden. Wir stehen wohl zum erstenmal seit der Reichsgründung vor der Tatsache, daß das Kriegs-

*) Ich möchte die Gelegenheit nicht versäumen, auf eine Schrift staatsrechtlichen Charakters hinzuweisen, auf die dickleibige (XXVIII + 605 Seiten!), streng wissenschaftliche Untersuchung von Dr. jur. F. Freiherrn Marschall von Bieberstein-Heidelberg „Verantwortlichkeit und Gegenzeichnung bei Anordnungen des Obersten Kriegsherrn“ (Verlag von Franz Vahlen, Berlin), die auch dem Militärschriftsteller zeigt, bis zu welchem Grade er militärische Fragen öffentlich behandeln kann, ohne sich quasi in Angelegenheiten der Kommandogewalt zu mischen.

ministerium vom Reichstag gebilligte Heeresergänzungen nicht nur nicht so weit vorbereitet hat, daß die neuen Formationen innerhalb vierundzwanzig Stunden aufgestellt werden können, wir erleben es, daß z. B. die Maschinengewehr-Abteilungen erst länger als ein Jahr nach der Bewilligung durch den Reichstag aktiv werden können!

Unter diesen Umständen verdient eine Broschüre „Die Andern und wir“ von Hermann Hochwart, (Dieterichsche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1912) Beachtung, die zu dem für manchen Leser wohl überraschenden Ergebnis kommt, daß im Falle eines europäischen Krieges Frankreichs Überlegenheit über Deutschland vierzehn Infanterie- und vier Kavalleriedivisionen ausmache, während Rußland den verbündeten Deutschen und Österreich-Ungarn um sechs Infanterie- und elf Kavalleriedivisionen überlegen sei. Eine große Zahl von Einzelberechnungen für die verschiedenen Waffen belegt die Behauptung im einzelnen, soweit das Verhältnis Deutschland-Frankreich in Frage kommt. In einem Kapitel „Was soll geschehen?“ zieht der Verfasser die Konsequenzen seiner Feststellung. Er fordert eine Heeresverstärkung zugunsten der Infanterie um rund achtzigtausend Mann, indem er sich auf alle die militärischen Autoritäten beruft, die den Sieg immer nur dort mit Gewißheit erwarten, wo die Überlegenheit der Zahl steht. Auch ich teile durchaus den Standpunkt, daß schon zu Friedenszeiten die Sicherheit des kriegerischen Erfolges gewährleistet werden muß. Ebenso gebe ich ohne weiteres zu, daß in der numerischen Überlegenheit eine gewisse Garantie liegt. Aber doch nur eine gewisse. Denn der Geist der Truppe und ihre Ausbildung sind die unerläßliche Voraussetzung für ihre praktische Tüchtigkeit, und gute Ausbildung und kriegerischer Sinn werden, wie Friedrichs des Großen „Wachparade“ bewiesen hat, den Mangel an Zahlen eher ausgleichen können, als große Zahlen kriegerischen Sinn und Ausbildung ersetzen dürften. — Diese Zusammenhänge und Wechselwirkungen berücksichtigt Hermann Hochwart nicht genügend. Vielleicht legt er sich aus den oben angegebenen Gründen Zurückhaltung auf, vielleicht schätzt er die Wechselwirkung nicht hoch genug ein. Und doch wäre in dem Abschnitt Offiziere und Unteroffiziere die Stelle gewesen, wo das Problem „Einwirkung des Friedens auf die Armee“ wenigstens hätte berührt werden müssen. Denn die Offiziere und Unteroffiziere bilden für die Heeresleitung den allein zuverlässigen Maßstab dafür, was sie an kriegerischen Leistungen von der Nation erwarten darf, nicht etwa die Hezreden sozialdemokratischer Agitatoren oder die Tiraden der pazifistischen Presse. Und gerade in dieser Beziehung sind in den letzten Jahren sporadisch Erscheinungen an die Oberfläche gekommen, die jedem ernststen Patrioten doch Veranlassung geben sollten, zu prüfen, ob unter den bestehenden Friedensverhältnissen jede Heeresvermehrung auch ohne weiteres eine Heeresverstärkung wäre, und ob nicht Fragen der inneren Heeresorganisation heute größere Berücksichtigung erheischen, als man allgemein glaubt. Es soll und kann auch in diesen Worten keine Herabsetzung der Heeresleitung liegen; erinnern wir uns allein der Tatsache,

daß wir die Mobilmachung Moons als eine außerordentliche Leistung feiern. Und doch hatte dieser Paladin nur acht Armeekorps aufzustellen und kriegsbereit zu machen, während der heutige Kriegsminister dreimal soviel und oben drein noch Waffen marschieren lassen mußte, an die man vor fünfzig Jahren überhaupt noch nicht gedacht hatte.

Eine diese Fragen sachlich angreifende Literatur steht der Öffentlichkeit aus den früher erwähnten Gründen so gut wie garnicht zur Verfügung. Neuerdings fangen Offiziere an, sich um die finanzielle Rüstung des Reichs zu kümmern, aber über das ihnen zunächstliegende müssen sie schweigen. Nur die Frage der Überalterung des Offizierkorps ist einigermaßen häufig erörtert worden, aber — und das ist das Unerfreuliche daran — unter viel zu starker Betonung des dabei mitspielenden finanziellen Momentes und ohne zu praktisch brauchbaren Vorschlägen zu gelangen. Und doch ist gerade die Überalterung des Offizierkorps die Wurzel allen Übels: mangelhafte oder in den verschiedenen Teilen der Armee von einander abweichende Ausbildung, Byzantinismus, Springertum mit dem notwendig daranhängenden Nepotismus und der Untergrabung der Kameradschaft, Verletzung der gerichtlichen und ehrengerichtlichen Bestimmungen, allmähliche Zweiteilung des Offizierkorps — alles das hängt innig zusammen mit der Überalterung der Offiziere. In einem bösen Zirkel zieht eine unerfreuliche Erscheinung die andere nach: die Aussichtslosigkeit für die Mehrzahl, in jungen Jahren zu halbwegs selbständigen Stellungen zu gelangen, hindert viele Tüchtige, überhaupt zur Armee zu gehen; die Notwendigkeit, sich gegen eine zahlreiche Konkurrenz zu behaupten, veranlaßt die Untergebenen, auch da ihre Überzeugung zu opfern, wo sie durch Vorschrift und Gesetz gestützt wird, während die Vorgesetzten absolut gefügige Untergebene bevorzugen, um ja nicht „oben“ unliebsam aufzufallen. Wo sind die wunder-voll klaren Verhältnisse und Auffassungen, die noch in den 1870er Jahren keine Kompromisse aufkommen ließen!? Aber nicht das Offizierkorps kann dafür verantwortlich gemacht werden! Aus dem Offizierkorps muß sich unter solchen Umständen, und würden die schärfsten und besten Verordnungen erlassen um der Tendenz zu begegnen, nach und nach das Verantwortungsgefühl zurückziehen, die absolute Zuverlässigkeit muß verkümmern, denn nicht mehr höchste Leistungsfähigkeit bleibt maßgebend, sondern tausend Rücksichten, die sich aus der Verfassung der überalterten Vorgesetzten unmerklich von selbst ergeben, erzwingen sich Anerkennung. Und sollte nicht gerade diese Perspektive alle die auf den Plan rufen, die da wissen, welche einen ungeheuren Kulturwert gerade ein gesundes Heer für die Nation darstellt, die es besitzt?! Wer darum für die Stärkung der Armee eintritt, muß in erster Linie hier den Hebel einsetzen. Gelingt es nämlich, hier gesunde Verhältnisse zu schaffen, dann wird man mit Leichtigkeit auch eine andere angebliche Folgeerscheinung des Friedens beseitigen: die sogenannte Abneigung gegen das Heer.

Es ist merkwürdig, daß es gerade verabschiedete Offiziere sind, die an allen Orten glauben, einen Rückgang der Achtung vor der Armee feststellen zu

müssen. Dieser Auffassung widerspricht die einfache Tatsache, daß sich die politischen und gewerblichen Unternehmungen um Offiziere geradezu reißen. Freilich müssen es mindestens ehemalige Regimentskommandeure sein. Alles, was darunter liegt, wird glatt abgelehnt; nur der ganz junge Leutnant hat wieder Chancen. Hierin wird zum Ausdruck gebracht, daß man den erfolgreichen Offizier gern nimmt, nicht aber den Durchschnittsoffizier, denn nach Auffassung der *communis opinio* steht der Durchschnittsoffizier unter dem Durchschnitt der Anforderungen, die die fortgeschrittene Zeit gegenwärtig an alle Mitglieder der tätigen Gesellschaft stellt. Die oft beklagten schlechten Erfahrungen, die Privatunternehmer mit ehemaligen Offizieren in den letzten zwanzig Jahren gemacht haben, sind es, die rückwirkend auch die im Lande herrschenden Auffassungen über die Armee in ungünstigem Sinne beeinflusst haben, und die Antimilitaristen halten hier eine Ernte, wo nicht sie gesät haben. Es ist Sache der Armeeleitung, die Ursachen zu beseitigen, und diese Ursachen liegen vorwiegend in der Überalterung des Offizierkorps, nicht im Nachlassen kriegerischen Geistes bei der Nation, nicht im Mangel an gutem Willen bei den Offizieren selbst.

Es ist selbstverständlich, daß die Überalterung und ihre Folgeerscheinungen nicht von heute auf morgen behoben werden können; ein Zeitraum von sechs bis acht Jahren wäre schon erforderlich, um Kompanie- und Batteriechefs von durchschnittlich dreißig Jahren, Bataillons- und Abteilungskommandeure von sechsunddreißig und Regimentskommandeure von vierundvierzig Jahren zu gewinnen. In dieser Zeit dürfen die sonstigen Heeresergänzungen und -verbesserungen nicht ruhen. Aber einer Heeresvermehrung von rund achtzigtausend Mann, wie Hochwart sie anstrebt, möchte ich doch nicht ohne weiteres das Wort reden.

Im gegenwärtigen Augenblick würde sie überdies im In- und Auslande berechtigtes Aufsehen erregen und Deutschland in den Verdacht bringen, einen Angriffskrieg vorzuhaben, ohne daß es doch der Fall ist. Derartige Dinge können unseren Welthandel ohne Grund empfindlich schädigen, — wenn auch nur vorübergehend. Was aber nach meiner Auffassung angestrebt werden sollte, das ist die jährliche selbsttätige Steigerung der Heeresstärke in einem bestimmten Verhältnis zur Steigerung des Volkswachstums. Es sollte endlich damit gebrochen werden, daß die Heeresverwaltung um jeden Mann mehr mit den Parteien feilschen muß. Nur neue Formationen, die sich aus der allmählichen Vermehrung des Heerespersonals in gewissen Zeitabständen notwendig machen, sollten fortan noch besonders bewilligt werden müssen. Daß die Quinquennatswirtschaft auf die Dauer unhaltbar ist, haben die letzten Heeresergänzungen deutlich genug erwiesen.

Aber auch bei dem jetzigen Zustande könnte manches getan werden ohne große finanzielle Aufwendungen, um die nicht zum Heeresdienst eingezogenen Mannschaften wenigstens teilweise für den Krieg vorzubilden. Ich denke da hauptsächlich an den Ausbau der Kriegervereine zu Schützenvereinen, in denen

auch Nichtsoldaten, etwa die Söhne von den Vätern selbst in der Handhabung des Gewehrs und im Schießen unterwiesen werden könnten. Gewehre, Karabiner und Revolver sowie Patronen sollten von der Heeresverwaltung unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Wo militärische oder private Schießstände vorhanden sind, dürften sich Schwierigkeiten kaum ergeben. Ähnlich könnte auch mit Nichtübungen an Geschützen vorgegangen werden. Preisschießen und -richten, Auszeichnungen aller Art und last not least die größte Duldsamkeit allen Personen gegenüber, die den Wunsch haben, als Schützen ausgebildet zu werden, müßten doch jährlich tausende Jünglinge zu guten Schützen machen. Aber auch hierbei wird die *conditio sine qua non* sein: Verjüngung des Offizierskorps. Denn die mit den militärischen Schießvereinen verbundene Mehrbelastung würde vornehmlich die Bezirkskommandos treffen. Nur junge, elastische Kommandeure und Bezirksoffiziere werden aber glänzende Leistungen aufzuweisen haben.

G. Kleinow



Gleiches Wahlrecht?

Eine Studie mit besonderer Berücksichtigung des Wahlrechts
zum Deutschen Reichstag und zur Bremischen Bürgerschaft

Von Dr. B. Noltenius-Arosa



Das Verlangen nach gleichem Wahlrecht für alle Staatsbürger wird im Namen der Gerechtigkeit erhoben. Ideal genommen hat solche Forderung nicht weniger zur Voraussetzung als gleiche politische Befähigung und gleiche Leistungen jedes Bürgers für die Aufrechterhaltung des Staates nach außen und innen (politisch) und seine materielle Förderung (wirtschaftlich und sozial.)

Der erste Teil der Voraussetzung fällt in sich zusammen, selbst bei denkbar gleichmäßiger Vorbildung auf geschichtlichem und staatswissenschaftlichem Gebiet und ähnlicher praktischer Schulung.

Es wird stets neben der Menge apolitischer Naturen, also neben solchen, denen das Organ für die Staatsnotwendigkeit überhaupt zu fehlen scheint, zwei Hauptgruppen geben, die der politischen Köpfe und der antipolitischen Elemente. Erstere zeichnen sich durch eine mehr oder minder glückliche Vereinigung von Intelligenz und praktischem Blick aus. Die gegnerische Gruppe weist zwei Haupttypen auf, je nachdem ein starker seelischer Defekt überwiegt (Schwachbegabte, Minderwertige, Gewohnheitsverbrecher) oder infolge Übermaßes an Phantasie ein mangelhafter Sinn für das Reale, das praktisch Erreichbare besonders hervortritt. (Fanatiker, Utopisten, Zukunftsstaatler.)